

Die Folgen des Klimawandels

Ein neues Konzept für die Begründung von Verbandsklagen?

(AK Recht) – Die Bundesregierung hat am 17.12.2008 eine Stellungnahme zu den derzeit bekannten Auswirkungen des Klimawandels und den Möglichkeiten zur Begrenzung der Folgen beschlossen, Titel: »Deutsche Anpassungsstrategie an den Klimawandel«. Der Inhalt bietet Material zur Vertretung von BUND-Positionen in Stellungnahmen und Begründungen zu Verbandsklagen. Es fehlt aber ein Konzept für die rechtliche Durchsetzung von Maßnahmen zur Begrenzung der Folgen des Klimawandels. Auch bleibt der Verfassungsauftrag aus Artikel 20a GG (Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen) unerwähnt.

Nun sind die Umweltverbände gefordert: Die Anpassungsstrategie der Bundesregierung beinhaltet kein Konzept, um die darin beschriebenen Ziele der Regierung umzusetzen. Mithilfe der Bestimmungen des EG-Rechts und nationaler Verfassungsregelungen müssen daher ein rechtliches Rahmenkonzept entwickelt und die daraus resultierenden Klagemöglichkeiten gegenüber dem Gesetzgeber ausgeschöpft werden.

Klaus Roth-Stielow vom BUND-Arbeitskreis Recht hat die rechtlichen Spielräume und neuen Begründungsmöglichkeiten, die sich hier für Verbandsklagen bieten, ausführlich analysiert. Er bietet in seiner Analyse BUND-Gruppen und engagierten AnwältInnen Vorschriften, Leitsätze und Begründungen an, mit denen ein neues Klagekonzept möglich ist. Dabei macht er deutlich, dass die Folgen des Klimawandels in einer ohnehin belasteten Umwelt das Gewicht des Umweltschutzes als Verfassungsnorm stärken. So kann die Planung und Genehmigung von Eingriffen und weiteren Belastungen nur dann zulässig sein, wenn dafür ein zwingender, also existentiell-lebensnotwendiger Bedarf aus überwiegenden Gründen des Allgemeinwohles besteht. Die Umweltverbände müssen daher eine neue Prüfmethodik anwenden, die Klaus Roth-Stielow vorstellt. Das heißt: mehr Vorprüfungsarbeit leisten, damit das Prüfergebnis in den Stellungnahmen der Verbände konkret skizziert werden kann.

Das neue Konzept für die Begründung von Verbandsklagen bietet brisante Aspekte, sollte aber von den Umweltverbänden riskiert werden. Denn die Bundesregierung lässt deutlich erkennen, dass Natur- und übriger Umweltschutz gegen Artikel 20a GG entweder »verwässert« wird oder erst an letzter Stelle zu beachten ist.

Den kompletten Text zum neuen Klagekonzept finden Sie auf www.bund-intern.net/interne_serviceseiten/verbandsleben; Kontakt und weitere Informationen: Klaus Roth-Stielow (AK Recht), ☎ 07433/9990975

Geplante CO₂-Verpressung

Betroffene leisten Widerstand

(BBG) – Obwohl der Gesetzentwurf zur Abscheidung, zum Transport und zur dauerhaften Lagerung von Kohlendioxid noch nicht verabschiedet wurde, wird in Brandenburg bereits die Verpressung von CO₂ im Untergrund vorbereitet. Im Raum Birkholz-Beeskow (Landkreis Oder-Spree) und Neutrebbin (Landkreis Märkisch Oderland) wurden Erkundungsarbeiten beantragt.

Dort soll das Kohlendioxid aus dem ab 2015 ans Netz gehenden Modellkraftwerk in Jänschwalde verpresst werden. Brandenburgs Landesregierung will die Klimaschutzziele im Wesentlichen mit Hilfe der CCS-Technologie (Carbon Capture and Storage) erreichen. Vattenfall möchte sogar alle CO₂-Emissionen der Lausitzer Kraftwerke in den brandenburgischen Lagerstätten verknappen. Damit würde eine CO₂-Altlast für viele Folgegenerationen entstehen. Zudem ist ein Netz aus Pipelines nötig, das viele Naturräume zerschneiden würde.

Der BUND Brandenburg spricht sich gegen diese Pläne aus. Sie sollen es ermöglichen, weitere Kohlekraftwerke zu bauen und neue Tagebaue zu erschließen. Dies bedeutet die Zerstörung von Natur und Landschaft und die Umsiedlung weiterer Dörfer. Erstens kann bis jetzt niemand mit ausreichender Sicherheit sagen, ob die Einlagerung von Kohlendioxid wirklich funktioniert. Zweitens errechnete das Bundesumweltministerium in der Leitstudie 2008, dass CCS zu einem Verfehlen der Klimaschutzziele bis 2050 führt. Drittens blockiert CCS die Entwicklung der regenerativen Energien: Die Großkraftwerksstruktur, die für den Einsatz von CCS nötig ist, verhindert eine dezentrale Energieversorgung. Und die unterirdische CO₂-Lagerung soll Vorrang vor anderen Nutzungen (Geothermie, Energiezwischenspeicher) erhalten.

Es ist unklar, ob das CO₂ tatsächlich langfristig im Gestein verbleibt. Es könnte sich in Senken sammeln und führt bei einer Konzentration von 8% in der Luft innerhalb einer Stunde zum Ersticken. Die Alternative wäre, ab 2020 das Kraftwerk Jänschwalde nach und nach abzuschalten. Die wegfallende Strommenge kann durch erneuerbare Energie und Energieeffizienz ersetzt werden.

Bürgermeister und Amtsdirektoren lehnen das Vorhaben ab. In den betroffenen Orten haben sich Bürgerinitiativen gebildet (siehe auch die CCS-Onlinekampagne des BUND unter »Aktionen«).

BUND-Landesgeschäftsstelle Brandenburg, ☎ 0331/23700-141, bund.brandenburg@bund.net

Aktionen gegen die Atomenergie

(BW) – In Baden-Württemberg gibt es vier Atomkraftwerke, die bereits vom Netz sein müssten oder in der nächsten Legislaturperiode stillgelegt werden. Der BUND BW hat daher den Atomausstieg 2009 zu einem Schwerpunkt gemacht. Mit vielen Aktionen wird Druck auf die politisch Verantwortlichen ausgeübt: gegen Laufzeitverlängerungen und für den sofortigen Atomausstieg!

Mit einem Argumentationstraining schult der Landesverband BUND-Aktive, überzeugend gegen Atomenergie und für die Energiewende zu argumentieren. Die TeilnehmerInnen sind damit gut gerüstet, egal ob an Infoständen oder bei Wahlveranstaltungen. Dort gilt es in diesem Jahr besonders Präsenz zu zeigen: Politpromis müssen, egal wo sie auftreten, mit den Argumenten des BUND konfrontiert werden. Deshalb gibt es »BUND-Botschafter« in möglichst vielen Wahlkreisen, die vor Ort helfen, lokale Aktivitäten zu koordinieren. Den optischen Auftritt unterstützt die Atomlaufzeituhr des Bundesverbandes, die schon mehrfach für Aktionen in Baden-Württemberg gebucht ist, sowie ergänzende Banner, Plakate und kreative Aktionen vom Landesverband.

Anti-Atom

Dem Protest viele Gesichter geben

(BW) – Der BUND ruft zur Beteiligung an großen Anti-Atom-Demonstrationen auf. Bereits Ende April zum Jahrestag der Tschernobylkatastrophe fand in Neckarwestheim eine gut besuchte Protestveranstaltung mit BUND-Beteiligung statt. Als zentraler Termin des landesweiten Widerstandes ist die Großkundgebung am 4. Juli gleichorts vorgesehen (ab 13:30 Uhr am Bahnhof Kirchheim/Neckar). Als prominente Redner haben u.a. die Stromrebellin Ursula Sladek und der taz-Kolumnist Martin Unfried zugesagt. Über www.endlich-abschalten.de und www.bund-bawue.de lassen sich weitere Informationen abrufen. Die Proteste werden von einem breiten Bündnis organisiert, was zeigt, auf welchem solidem Fundament die Anti-Atom-Bewegung im Land steht. Passend dazu tritt der BUND BW als Unterstützer der von der EWS Schönau initiierten Anti-Atomkampagne auf.

Neben den lokalen und regionalen Aktivitäten beteiligt sich der Landesverband auch an den bundesweiten Aktionen. Für die Demo am 5. September in Berlin wird kräftig geworben, und gemeinsam mit den Regionalverbänden bieten wir Busfahrten in die Hauptstadt an.

Weitere Infos: www.bund-bawue.de/atomenergie

BUND RLP schult Stromsparhelfer

(RLP) – Steigende Energiekosten belasten Haushalte mit geringem Einkommen unverhältnismäßig stark. Diese beim Stromsparen zu unterstützen, ist das Ziel des Projektes »Stromspar-Check« von Caritas Warenkorb Kaiserslautern und BUND Rheinland-Pfalz.

Im April und Mai 2009 schulte der BUND sechzehn Stromsparhelfer, meist Langzeitarbeitslose. Dabei lernen sie neben Grundsätzlichem zur Stromproduktion vor allem die unterschiedlichen Geräte im Haushalt kennen und übten deren Stromverbrauch zu bewerten. Nach Abschluss der Schulung sollen sie nun möglichst viele interessierte Haushalte in Kaiserslautern aufsuchen, um dort einen Stromspar-Check durchzuführen. Dabei werden sie über Befragung und Messung die jeweils größten Stromverbraucher aufspüren und Empfehlungen zum Stromsparen geben. Ein Schwerpunkt liegt dabei auf Maßnahmen, die keine Kosten verursachen.

Teilnehmende Haushalte erhalten zudem kostenlos ein Starterset mit Energiesparlampen und Steckerleiste, um Stand-by-Stromverbrauch zu vermeiden. Das Einsparpotenzial beträgt pro Haushalt meist 10 bis 20%.

Die Haushalte können so ihre finanzielle Situation verbessern und gleichzeitig zum Klimaschutz beitragen. Die Stromsparhelfer wiederum werden durch das Projekt an den ersten Arbeitsmarkt herangeführt. So werden soziale und umweltpolitische Ziele erreicht. Eine Ausweitung des Programms auf andere Orte in Rheinland-Pfalz ist geplant.

BUND Rheinland-Pfalz, Ansprechpartner: michael.ullrich@bund-rlp.de



Michael Ullrich vom BUND mit Stromsparhelfern an einem Stromzähler.